

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
<b>Band:</b>	44 (1964-1965)
<b>Heft:</b>	10
<b>Artikel:</b>	Das Eindringen der Roten Armee in Rumänien und Bulgarien im Jahre 1944
<b>Autor:</b>	Gosztony, Peter
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-161653">https://doi.org/10.5169/seals-161653</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

- R. Köster: Die Kirchentreuen, 1959.
- D. Goldschmidt: Standort und Methoden der Religionssoziologie, in: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages, 1959.
- H. O. Wölber: Religion ohne Entscheidung. Volkskirche am Beispiel der jungen Generation, 1959.
- D. Goldschmidt, F. Greiner, H. Schelsky: Soziologie der Kirchengemeinde, 1960.
- W. D. Marsch: Kirche als Institution in der Gesellschaft, in: Z. f. ev. Ethik, 1960, S. 73 ff.
- M. Greiffenhagen: Zum Dialog zwischen Soziologie und Theologie, in: Z. f. ev. Ethik, 1960, S. 159 ff.
- J. Moltmann: Die Rose im Kreuz der Gegenwart, in: Pastoraltheologie, 50. Jg., 1961, S. 272 ff.
- H. E. Tödt: Theologie der Gesellschaft oder theologische Sozialethik? In: Z. f. ev. Ethik, 1961, S. 211 ff.
- D. Goldschmidt und J. Matthes: Probleme der Religionssoziologie, 1962 (mit ausführlicher Bibliographie).
- F. Fürstenberg, Religionssoziologie, 1964.
- J. Matthes: Die Emigration der Kirche aus der Gesellschaft, 1964.

## Das Eindringen der Roten Armee in Rumänien und Bulgarien im Jahre 1944

PETER GOSZTONY

Mitte 1944 trat der Zweite Weltkrieg in seine letzte und entscheidende Phase. Nach den strategischen Vereinbarungen des Abkommens von Teheran zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion wurde Hitlers «Festung Europa» von drei Seiten, zu Lande, aus der Luft und zu Wasser, gleichzeitig berannt.

Übertönt vom Kriegslärm und Siegestaumel der Alliierten, kaum beachtet von den Menschen im Westen, vollzog sich in der zweiten Jahreshälfte im Südosten des Kontinents eine Entwicklung, die bereits die Schatten des späteren Schicksals Europas und der freien Welt vorauswarf: der Vorstoß der Roten Armee auf den Balkan, zur mittleren Donau und weit über diesen Strom hinweg. Was das Zarenreich jahrhundertlang angestrebt und niemals erreicht hatte, erzielten jetzt, in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, die Truppen Stalins. Die Vereinbarungen von Teheran und Quebec, der offene, eindeutige

Verzicht der Anglo-Amerikaner auf einen Balkan-Feldzug und damit auf die Möglichkeit einer westlichen Besetzung des Donauraumes, gaben der Roten Armee den Weg nach Südost-Europa frei.

### *Der Fall Rumänien*

Im Juli 1944, kurz nach dem Beginn der sowjetischen Sommeroffensive im mittleren Abschnitt der Ostfront, eröffnete die Rote Armee gleichzeitig auch im Süden einen Großangriff gegen die von den deutschen und rumänischen Truppen gemeinsam gehaltene 650 km lange Verteidigungsline, die von Czernowitz bis zum Schwarzen Meer reichte. Während aber die Offensive in Polen und Weißrußland Anfang August zum Stillstand kam, wurde der Vormarsch der zwei sowjetrussischen Heeresgruppen, der zweiten und dritten Ukrainischen Front, im Süden mit einer Energie fortgesetzt, deren politische Motive damals nur wenige durchschauen konnten. Als dann Anfang August die Rote Armee die alte rumänische Grenze überschritt, die Stadt Jassy eroberte und tief nach Bessarabien vordrang — war es geschehen. Angesichts der drohenden Frontlage entschloß sich der rumänische König mitten im Kriege zu einem kühnen Frontwechsel, wodurch er hoffte, wenn auch unter schweren Bedingungen, die Zukunft seines Landes sichern zu können.

Michael I. betrachtete seit mehr als einem Jahr den Krieg, an dem er seit dem Sommer 1941 mit insgesamt 26 Divisionen an der Seite der deutschen Wehrmacht mit nicht wenig Begeisterung teilnahm, für die «Achse» als verloren. Die enormen Verluste seiner Armeen und die seit Stalingrad nicht enden wollende Niederlage des deutschen Ost-Heeres wurden Monat für Monat für Rumänien bedrohlicher und brachten die Sowjets den Grenzen des Landes immer näher. Der König und einige seiner Politiker sahen sich dadurch veranlaßt, schon im Jahre 1943 die Lage nüchtern zu betrachten und danach zu handeln.

Um die dramatischen Ereignisse in Bukarest am 23. August 1944 richtig zu verstehen, muß man wissen, daß die politische Führung im Königreich Rumänien damals in zwei große Gruppen gespalten war: Die «Antonescu-Gruppe» einerseits mit dem rumänischen «Conductator» Marschall Jon Antonescu und seinem Namensvetter, dem stellvertretenden Außenminister Professor Michail Antonescu, an der Spitze, welche die Macht seit 1940 innehatte und eine gewisse Diktatur ausübte, und die «Maniu-Gruppe» anderseits, welche die bürgerliche Linie vertrat und sich aus der Bauernpartei Julius Manius und der Liberalen Partei Constantin Bratianus zusammensetzte. Obwohl beide Gruppen innenpolitisch entgegengesetzte Interessen vertraten, waren sie im Jahre 1941 darin einig gewesen, mit Deutschland gegen die Sowjetunion Krieg zu führen, und zwar mit dem Ziel, die verlorenen Gebiete Bessarabiens

und der Bukowina (die Rumänen durch das berüchtigte Molotow-Ultimatum im Jahre 1940 binnen 48 Stunden abgezwungen worden waren) wieder zurückzuerobern. Als sich dann der Untergang Deutschlands abzuzeichnen begann, stimmten beide Gruppen darin überein, das Schicksal des Königreiches in die Hand der Westalliierten zu legen. Nur über den Weg zu diesem Ziel waren sie sich nicht einig.

Heute weiß man, daß nicht die Oppositionsgruppe Maniu-Bratianu die ersten Friedensfübler ausstreckte, sondern der Regierungschef Marschall Antonescu selbst. Anlässlich eines Besuches in Rom besprach sein Mittelsmann Michail Antonescu am 1. Juli 1943 mit Mussolini die Möglichkeit, Rumänien und die anderen Verbündeten des Dritten Reiches von Deutschland zu lösen, um zu retten, was noch zu retten war. Mussolini sollte den Westalliierten im Namen aller Verbündeten Deutschlands ein Waffenstillstandsangebot unterbreiten. Dieser Versuch endete jedoch mit dem Sturz der faschistischen Herrschaft in Italien und mit der Verhaftung Mussolinis am 25. Juli in Rom.

Es vergingen einige Monate, bevor die rumänischen Politiker einen neuen Ausweg aus der sich anbahnenden Katastrophe zu finden hofften. Während die «Maniu-Gruppe» durch ihren Beauftragten in Ankara mit Vertretern Großbritanniens und der USA Kontakte aufnahm, verhandelte der Protokollchef des Bukarester Außenministeriums Nanu im Auftrage der «Antonescu-Gruppe» in Stockholm mit der sowjetischen Gesandtin Frau Kolontai, wobei er zu erfahren versuchte, unter welchen Bedingungen die Sowjetunion bereit wäre, mit Rumänien einen Waffenstillstandsvertrag abzuschließen.

Aber weder die Verhandlungen in Ankara noch die Gespräche in Stockholm zeitigten rasche Erfolge. Am 3. April 1944 griff Molotow selbst in die Verhandlungen ein und trieb sie mit einer Erklärung über die sowjetische «Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens» entscheidend voran. Diese Erklärung sicherte Bukarest feierlich zu, daß

«die Sowjetregierung nicht das Ziel verfolgt, irgendeinen Teil rumänischen Territoriums für sich in Anspruch zu nehmen oder in irgendeiner Weise die bestehende soziale Ordnung in Rumänien zu ändern. Sie erklärt gleichzeitig, dass der Eintritt sowjetischer Truppen nach Rumänien allein die Folge militärischer Notwendigkeit und der Fortsetzung des Widerstandes des Feindes ist<sup>1</sup>.»

Diese Sätze verfehlten nicht ihre beabsichtigte Wirkung sowohl in Rumänien als auch bei den Westmächten. Der König und sein Gefolge glaubten den Sowjetrussen trauen zu können, während Churchill im britischen Unterhaus in einer Rede der Bewunderung seiner Regierung für die Sowjet-Garantie an Rumänien Ausdruck verlieh. Auch Cordell Hull nahm die Erklärung Molotows mit Erleichterung auf und versicherte sowohl seinen Landsleuten als auch den Rumänen, daß «die Molotow-Erklärung dem rumänischen Volke klar mache, daß die Hauptaufgabe der Armeen Sowjetrußlands darin bestehe, den Feind auf dem Schlachtfeld zu schlagen. Die politischen Versicherungen, die die

Erklärung enthält, könnten den Rumänen helfen zu begreifen, daß es ihr eigenes letztes Interesse fordere, daß die deutschen Streitkräfte aus ihrem Land vertrieben werden ».

Kurz nach der Molotow-Erklärung ging Moskau einen Schritt weiter und stellte ein « Sechs-Punkte-Programm » auf, in dem unter anderem die Besetzung ganz Rumäniens und die sofortige volle Anerkennung der rumänisch-russischen Grenze vom 20. Juni 1941 die heikelsten Punkte bildeten. Das Programm enthielt jedoch als Kompensation für die Eingliederung rumänischen Territoriums in die Sowjetunion das Einverständnis der Sowjetregierung, den für Rumänien ungünstigen Wiener Schiedsspruch aus dem Jahre 1940 (durch den Siebenbürgen zwischen Ungarn und Rumänien aufgeteilt worden war) zu annullieren und Bukarest bei der Wiedergewinnung Nordsiebenbürgens militärisch zu unterstützen.

Nach langwierigen Verhandlungen und Uneinigkeit über das « Sechs-Punkte-Programm » waren die Vertreter der « Maniu-Gruppe » schließlich mit dem Programm einverstanden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Rumänien nicht nur von den Sowjets, sondern auch von seinen westlichen Verbündeten besetzt werde. Maniu verlangte in Kairo die Entsendung von wenigstens zwei bis drei anglo-amerikanischen Luftlandedivisionen nach Bukarest. Seine Bitte blieb unbeantwortet. Genau wie Hitler und Stalin seinerzeit Osteuropa in Einflußsphären aufgeteilt hatten, waren sich die Alliierten über eine Abgrenzung der Interessen und Kompetenzen im südosteuropäischen Raum schon frühzeitig einig. Demnach gehörte Rumänien zur sowjetischen Operationszone, und in London und Washington dachte man nicht daran (besonders nicht nach der mit Beruhigung aufgenommenen Molotow-Erklärung), dem sowjetrussischen politischen und militärischen Vorstoß zuvorzukommen.

Für den König und seine Politiker wurde die Lage akut, als die Rote Armee am 20. August 1944 nördlich von Jassy und südlich von Tiraspol einen Generalangriff unternahm, der die deutsch-rumänische Front ins Wanken brachte. Der Staatsstreich, den man zunächst auf den 26. August festgelegt hatte, wurde unverzüglich ausgelöst.

Am Nachmittag des 23. August verhaftete die königliche Garde Marschall Antonescu und seinen Außenminister. Michael I. trat mit einer Proklamation an sein Volk heran. Gleichzeitig erteilte er der Front den Befehl, die Feindseligkeiten gegenüber der Roten Armee sofort einzustellen. Die neue Regierung des Generals Satanescu ermächtigte die rumänische Delegation in Kairo, den Waffenstillstand auf der Basis des « Sechs-Punkte-Programmes » unverzüglich abzuschließen. Die Ereignisse nahmen jedoch in vielen Hinsichten einen unerwarteten Verlauf.

Zunächst: Die deutschen Truppen, ca. 650 000 Mann an der Front und im rückwärtigen Heeresgebiet, standen der Situation völlig überrascht gegenüber. Nicht weniger auch die deutsche Diplomatie und der Sicherheitsdienst, die

weder von den geheimen Verhandlungen noch von dem sich anbahnenden Staatsstreich etwas wußten. Noch am 10. August 1944 telegraphierte der deutsche Gesandte in Bukarest, von Killinger, seinem Chef Ribbentrop: «Lage völlig sicher. König Michael Garant des Bündnisses mit Deutschland<sup>2</sup>.» Ebenso stand die militärische Führung in Rumänien fassungslos vor den Ereignissen. General Gerstenberg, der verantwortliche Mann für die Ordnung im rückwärtigen Heeresgruppengebiet, äußerte Ende Juli 1944 gegenüber seinen Vorgesetzten gelassen, im Falle einer eventuellen Unruhe genüge eine deutsche Flakbatterie, um jeden Putsch in Bukarest niederzuschlagen.

Der 23. August 1944 wurde so zum «schwarzen Tag» der deutschen Heeresgruppe «Südukraine» in Rumänien. Das Ausscheiden der rumänischen Armeen aus der Front gab der Roten Armee den Weg nach Rumänien frei. Die ohnehin im Angriff stehende zweite und dritte Ukrainische Front nützte diese Chance voll und ganz aus. Die Truppen der Armeegeneräle Malinowskij und Tolbuchin stießen nicht nur in das Landesinnere vor, sondern zerschlugen innerhalb von zehn Tagen mit Hilfe der rumänischen Armee auch die gesamte Heeresgruppe «Südukraine». Von der einst 26 Divisionen starken deutschen Heeresgruppe konnten sich nur etwa 20 000 Mann, hauptsächlich Angehörige des rückwärtigen Dienstes, nach Siebenbürgen retten.

Die Lage verschlimmerte sich am 25. August, als Hitler, in völliger Unkenntnis der Situation, die unverzügliche Bombardierung Bukarests durch die deutsche Luftwaffe befahl, um damit die «verräterische Königsclique» auf die Knie zu zwingen. Das Bombardement schürte aber nur den Zorn des Volkes gegen die einstigen Verbündeten, veranlaßte rumänische Einheiten, auch dort gegen die Deutschen aufzutreten, wo ihr Rückzug bisher noch stillschweigend geduldet worden war und lieferte schließlich Michael I. den «casus belli» für die ihm ohnehin aufgezwungene Kriegserklärung an das Deutsche Reich.

Während in Bukarest die rumänische Armee die verbarrikadierten Deutschen bekämpfte, besetzten die Sowjets das ganze Land. Sie kamen nicht als Verbündete, sondern als Eroberer nach Rumänien. Dementsprechend verhielten sie sich auch in den Dörfern und Städten. Obwohl die rumänische Armee den Kampf gemäß den Anweisungen ihres Königs überall einstellte, nahmen die Sowjets zwischen dem 23. August und dem 12. September 1944 mehr als 130 000 rumänische Soldaten gefangen. Der fast kampfflose Vormarsch der beiden ukrainischen Fronten wird nicht nur in den zeitgenössischen Berichten, sondern auch in der Kriegsgeschichte der UdSSR als eine Tat «schwerer Kämpfe» und «heldenhafter Angriffe» gefeiert. Erst jüngst war es den Rumänen möglich, nach fast zwanzigjährigem Schweigen, den Tag des 23. August 1944 als «eigenen Sieg» zu begehen.

Die Überraschung der Rumänen wollte jedoch kein Ende nehmen. Nicht genug, daß die Rote Armee plötzlich nichts mehr von den Waffenstillstandsverhandlungen in Kairo wissen wollte und sich im Lande als Eroberer fühlte,

schienen Volk und Regierung der Sowjetunion auf Gedeih und Verderben ausgeliefert zu sein. Obwohl noch am 25. August Molotow, unmittelbar nach der Einstellung der Kampfhandlungen an der Front zwischen Rumänen und Sowjetrussen, wörtlich erklärte:

«Angesichts der Ereignisse in Rumänien erscheint es der Sowjetregierung nicht ohne Wichtigkeit, die Erklärung, die sie im April dieses Jahres abgegeben hat, dahingehend zu bestätigen, daß die Sowjetunion weder beabsichtigt, sich irgendeinen Teil Rumäniens anzueignen, noch das herrschende soziale Regime in diesem Lande zu ändern oder darüber hinaus in irgendeiner Form die Unabhängigkeit Rumäniens zu beschränken<sup>3</sup>»

rüstete sich die rumänische KP (1944 etwa zwei- bis dreitausend Mitglieder, bei 20 Millionen Einwohnern) bereits zu einer auf den roten Bajonetten ruhenden Machtergreifung. Das Waffenstillstandsabkommen wurde erst Anfang September in Moskau unterzeichnet, als die Rote Armee schon Herr der Lage in Rumänien war. Es wurde, trotz Protest der rumänischen Delegation, im Namen der Alliierten nur von den Sowjetrussen unterschrieben. Inhaltlich hatte es mit dem Kairoer «Sechs-Punkte-Programm» fast nichts mehr gemeinsam. Ein Mitglied der rumänischen Kommission erklärte später dem Schweizer Journalisten Wolfgang Bretholz:

«Was man in Moskau vorlegte, war kein Waffenstillstandsvertrag, sondern ein Diktat, das Rumänien gnadenlos der Sowjetunion auslieferte. Ich versuchte, wenigstens die Aufnahme einer Klausel durchzusetzen, durch die sich die Sowjetunion verpflichtete, ihre Truppen sofort nach Beendigung der Feindseligkeiten in Rumänien zurückzuziehen. Aber Molotow erklärte, daß eine solche Bestimmung überflüssig sei... Das Diktat wurde in seiner ursprünglichen Form, ohne die geringste Änderung oder Zufügung unterzeichnet... In Moskau hat nicht nur das kleine und schwache Rumänien vor der Sowjetunion kapituliert, sondern auch die beiden großen und mächtigen westlichen Demokratien<sup>4</sup>.»

Dies war nur der erste Schritt zur Sowjetisierung Rumäniens. Das Land mußte weiter (jetzt an der Seite der Roten Armee) Krieg führen und verlor innerhalb von 10 Monaten beinahe 170 000 Mann. Trotz dem Versprechen Molotows wurden ihm die Bukowina und Bessarabien abgenommen, und in den beiden folgenden Jahren trieb man die politische Lage so weit, daß durch die berüchtigte «Salami-Taktik» alle bürgerlichen und liberalen Kräfte aus dem politischen Leben des Landes ausgeschaltet wurden. Ende Dezember 1947 mußte selbst Michael I. abdanken, ins Exil gehen und damit die offene Machtübernahme der Kommunistischen Partei Rumäniens sanktionieren.

### *Der Fall Bulgarien*

Während die Rote Armee im August 1944 in größter Eile Rumänien besetzte und der inzwischen zum Marschall beförderte R. J. Malinowskij seine Truppen nach Westen und Norden in Richtung Siebenbürgen umgruppierte, erreichte

die dritte Ukrainische Front mit drei Armeen unter dem ebenfalls zum Marschall beförderten F. I. Tolbuchin südwestlich der Dobrudscha, in der Nähe von Silistra bei der Donau, die rumänisch-bulgarische Grenze.

Bulgarien war an der Reihe. Jedoch bestand dort für ein militärisches Eingreifen seitens der Sowjetrussen keine Rechtsgrundlage. Das Königreich Bulgarien befand sich zwar seit 1941 im Krieg, allerdings nur mit den Anglo-Amerikanern. Gegenüber der Sowjetunion erklärten sich Boris III. und die Regierung schon zu Beginn des deutsch-russischen Krieges neutral. Hitler, der gerne gesehen hätte, wenn sich auch der damalige deutschfreundliche Regierungschef Filoff gleich den anderen osteuropäischen Regierungen am Kriege gegen die Sowjets beteiligt hätte, konnte den «Preußen des Balkans» nicht von seinem Standpunkt abbringen. Boris III. machte keinen Hehl aus der russophilen Einstellung seines Volkes und erklärte offen, die Bulgaren würden, trotz Ablehnung des Bolschewismus, den Russen gegenüber ihre Treue und ihre brüderlichen Gefühle bewahren: «Das bulgarische Volk wird niemals gegen Rußland kämpfen, dem es seine Befreiung vom türkischen Joch verdankt<sup>5</sup>.» Zwar trat am 25. November 1941 Bulgarien dem Antikominternpakt bei; damit war aber seine feindselige Politik gegenüber Moskau erschöpft.

Auch später, im Jahre 1943, als Deutschland dringend Soldaten an der Ostfront benötigte und Hitler die 25 Divisionen starke bulgarische Armee für seine Kriegspläne einspannen wollte, blieben die Bulgaren unnachgiebig.

Gleich wie im Falle Rumäniens standen Mitte 1943 die führenden Politiker des Landes vor der Frage, ob sie tatenlos zusehen wollten, bis an der Seite des Dritten Reiches auch für Bulgarien der Krieg verloren sei. Die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage gab ihnen weder großen Spielraum noch viel Zeit. So versuchten sie, mit den Anglo-Amerikanern ins Gespräch zu kommen, das sie auch dann weiterführten, als Boris III. am 28. August 1943 nach einem Besuch bei Hitler, aus bis heute ungeklärten Gründen, plötzlich verschied. Da Kronprinz Simeon, sein rechtmäßiger Thronfolger, erst sechs Jahre alt war, wurde eine Regentschaft gebildet, welche die Politik des Landes im Sinne des verstorbenen Königs weiterführte.

Fast während des ganzen Jahres 1944 suchten die bulgarischen Politiker nach einer Möglichkeit, aus dem Kriege auszuscheiden. Filoff demissionierte, an seine Stelle trat Božiloff, der Finanzminister des Filoff-Kabinetts. Die Tätigkeit des neuen Mannes erstreckte sich auf zwei gegensätzliche Bestrebungen. Außenpolitisch versuchte er weiterhin mit den Anglo-Amerikanern im Gespräch zu bleiben, innenpolitisch ergriff er energische Maßnahmen gegen die Partisanen, die sich in die Berge zurückgezogen hatten und ab und zu Polizeistationen und kleinere Armee-Einheiten überfielen. Das Kabinett Božiloff trat am 21. Mai 1944 zurück. Der gemäßigte Agrarier Bagrianoff bildete die neue Regierung und setzte alles daran, das Land so rasch wie möglich aus dem Kriege herauszuführen. Er erließ eine allgemeine Amnestie, hob die Internie-

rung der Partisanen-Angehörigen auf und lockerte die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. Kontakte zu den Oppositionsparteien wurden angeknüpft. Bagrianoff versuchte gleichzeitig die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. So konnte der in Sofia amtierende Sowjetbotschafter zwei neue Konsulate (in Warna und Burgas) eröffnen.

Im Sommer 1944 ersuchte die Regierung das deutsche Oberkommando, seine Truppen aus den Schwarzmeerhäfen zurückzuziehen. Angesichts seiner sich stets verschlechternden militärischen und politischen Lage blieb Berlin nichts anderes übrig, als gute Miene zum «bösen Spiel» zu machen. Es bemühte sich lediglich darum, den Lauf der Ereignisse zu bremsen.

Im Juni 1944 schickte Bagrianoff einen offiziellen Delegierten nach Ankara, mit der Aufgabe, ein Waffenstillstandsabkommen mit den Anglo-Amerikanern auszuhandeln. Die Vertreter Großbritanniens und der USA wiesen ihn indes kurzerhand ab und eröffneten ihm: wie für alle anderen Verbündeten des Dritten Reiches gebe es für Bulgarien nur einen Weg, den Krieg zu beenden, nämlich die bedingungslose Kapitulation. Als die Bulgaren zurückfragten, wie sie eigentlich kapitulieren sollten, da sich keine englischen oder amerikanischen Truppen auf ihrem Territorium oder in der Nähe befänden und sie mit der Sowjetunion, deren Rote Armee gegen ihre Grenze heranrückten, in Frieden leben, konnten die Vertreter Londons und Washingtons nur wiederholen: erst kapitulieren, dann kann man über den Waffenstillstand verhandeln.

Die kurzsichtige, konzeptionslose und auf der bedingungslosen Kapitulation beharrende Politik der West-Alliierten trieb die Bulgaren geradezu in die Arme Moskaus. Dies entsprach genau den Wünschen Stalins.

Dann kam der für den Balkan so entscheidende Monat August. Am 17. hielt Bagrianoff in der Sofioter Nationalversammlung eine große Rede, in deren Mittelpunkt er die Friedenssehnsucht der bulgarischen Nation stellte. Am 22. August erklärte Außenminister Draganoff, Bulgarien werde versuchen, unter allen Umständen mit den Westmächten Frieden zu schließen, und die Regierung schickte sich an, ihre Truppen aus den besetzten Gebieten Jugoslawiens und Griechenlands zurückzuziehen. Mitten in diese Friedensbemühungen des Kabinetts Bagrianoff schlug die Nachricht über die Ereignisse in Bukarest vom 23. August wie eine Bombe in Sofia ein.

Vergeblich versuchten Regierung und Regentschaftsrat, Bulgarien aus den kommenden Ereignissen herauszuhalten. In den sieben Tagen vom 2. bis 9. September 1944 unterlagen die Bulgaren den Bestrebungen Moskaus. Es nützte nichts, daß Anfang September Bagrianoff als Ministerpräsident zurücktrat und dem russophilen, linksgerichteten Politiker Konstantin Murawieff Platz machte, der sofort das Kabinett umgestaltete und Vertreter der Opposition aufnahm. Es nützte ebensowenig, daß er die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach und verkündete, Bulgarien ziehe sich vom Kriege gänzlich zurück. Die Truppenmassierungen der Russen an der rumänisch-

bulgarischen Grenze nahmen rasch zu. Angesichts dieser Tatsache entschloß sich Murawieff zu einem verzweifelten Schritt: am Morgen des 6. September erklärte seine Regierung Deutschland den Krieg! Doch all diese Bemühungen nützten nichts. Stalins Plan gegenüber Bulgarien ließ sich auf politischem Wege nicht mehr abwenden. Das sowjetische Vorgehen charakterisiert der berühmte sowjetrussische Historiker J. A. Boltin folgendermaßen:

«Als die Sowjettruppen die rumänisch-bulgarische Grenze erreichten, war die Lage in Bulgarien sehr kompliziert. Die Volksmassen erwarteten begeistert die sowjetische Befreiungsarmee. Die herrschende reaktionäre Clique fürchtete den Einmarsch der Sowjetarmee in das Land und wollte unbedingt das monarcho-faschistische Regime aufrechterhalten. Damit die deutschen Faschisten ihre Truppen in Bulgarien nicht verstärken und ihre schwankende Stellung auf dem Balkan nicht festigen konnten, war es notwendig, schnelle und entscheidende Maßnahmen auch gegen die bulgarische Reaktion einzuleiten<sup>6</sup>.»

Am 5. September abends überreichte Molotow im Auftrage der Sowjetregierung dem bulgarischen Botschafter in Moskau eine Note, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Sowjetregierung in den vergangenen drei Jahren von Bulgarien nicht verlangt habe, sich von Hitler-Deutschland zu lösen, da das bulgarische Volk nicht imstande gewesen sei, der Hitler-Aggression Widerstand zu leisten; jetzt aber, da sich die politische Lage rasch verändert habe, sei für Bulgarien die Zeit gekommen, mit Deutschland und der hitlerfreundlichen Politik zu brechen. Die bulgarische Regierung unterstützte jedoch auch weiterhin Deutschland im Kriege gegen die Sowjetunion. Infolgedessen, so heißt es in der Note,

«hält es die Sowjetregierung nicht für möglich, die Beziehungen zu Bulgarien weiterhin aufrechtzuerhalten; sie bricht sämtliche Beziehungen zu Bulgarien ab und erklärt, daß sich nicht nur Bulgarien im Kriegszustand mit der UdSSR befindet, was faktisch auch schon vorher der Fall gewesen ist, sondern daß sich auch die Sowjetunion von nun an im Kriegszustand mit Bulgarien befinden wird<sup>7</sup>».

Diese Mitteilung war so absurd, daß ihr — wie ein Mitglied der Regierung später dem Journalisten W. Bretholz darlegte — zunächst weder der Außenminister noch die übrigen Regierungsmitglieder Glauben schenken wollten. Stalin, der alle «faschistischen» und deutschfreundlichen Regierungen Bulgariens bisher toleriert hatte, erklärte dem ersten demokratischen und russophilen Kabinett Bulgariens den Krieg. Und zwar mit der Begründung, Bulgarien dulde die Konzentration deutscher Truppen auf seinem Territorium. Genau das aber hatten alle früheren bulgarischen Regierungen zwischen 1941 und Sommer 1944 getan, ohne daß Moskau daran Anstoß genommen hatte. Nunmehr waren jedoch die meisten deutschen Truppen bereits abgezogen, und der sich noch im Lande befindende Rest wurde durch die bulgarische Armee entwaffnet und interniert.

Alle diese Tatsachen änderten für die Sowjets nichts an der Lage. Die heutige offizielle Darstellung dieser Situation in Bulgarien lautet: «Die Sowjet-

regierung deckte den Verrat der Regierung Murawieff auf, das heißt die Be-mäntelung des hitlerdeutschen Rückzugs und die geplante Okkupation Bulgariens durch englische und türkische Truppen<sup>8</sup>.» Die sowjetische Militär-Intervention war schon längst beschlossen. Es ergab sich nur die tragische (und groteske) Situation, daß sich der kleine Balkanstaat einige Stunden lang mit *allen kriegsführenden Ländern* Europas und Amerikas im Kriegszustand befand.

Am Morgen des 8. September, während der von Moskau dirigierte Partisanensender «Christo Boteff» die Bulgaren zu einer Erhebung gegen die herrschende Klasse aufforderte, während die Kommunisten zusammen mit Vertretern der «Vaterländischen Front» die Machtergreifung in der Hauptstadt vorbereiteten, eröffnete die dritte Ukrainische Front die Offensive gegen Bulgarien. Die sowjetrussischen Truppen überschritten die rumänisch-bulgari-sche Grenze an mehreren Stellen. Widerstand erwartete sie fast nirgends. Die an der Grenze stationierten Einheiten der bulgarischen Armee (insgesamt zwei Infanteriedivisionen und zwei Grenzbrigaden) zogen sich nach einem kurzen Feuerwechsel zurück. Die motorisierten Divisionen Marschall Tolbuchins konnten daher, laut dem Sowjethistoriker Boltin, ihr Vormarschtempo schon am 9. September «bei der Infanterie auf 45 km und bei den beweglichen Truppen bis zu 120 km beschleunigen. Am Abend des 9. September erreichten die Truppen der Front die Linie Rustschuk (heute Russe)-Rasgrad-Schuman-Warna<sup>9</sup>».

Der 9. September war auch für Sofia ein entscheidender Tag. Am Vorabend kapitulierte die Regierung Murawieff vor der Roten Armee und ersuchte Moskau um die Einstellung der militärischen Operationen. Danach trat sie zurück. Doch in den frühen Morgenstunden des 9. Septembers nahm der Kriegsminister des zurückgetretenen Kabinetts Murawieff, Oberst Weltscheff, mit Hilfe einer Kompanie alle Minister in Gewahrsam. Sein putschartiges Vorgehen wurde von der «Vaterländischen Front» unterstützt. Diese politische «Front», in welcher die Sozialdemokraten, die Bauernpartei, der republikanisch gesinnte «Zweno-Bund» (eine Art Armee-Liga der Offiziere) und nicht zuletzt die Kommunisten vertreten waren, löste innerhalb weniger Stunden einen regel-rechten Staatsstreich aus. Nach 24 Stunden war sie Herr der Lage.

Die unter dem Zweno-Bündler Kimon Georgieff gebildete neue Regierung verteilte die Ministerien an die Vertreter der «Vaterländischen Front». Von den 16 Ministerien erhielt die KP vier, darunter das äußerst wichtige Innen-ministerium. Die Rote Armee erreichte Sofia erst am 15. September, als alle innenpolitischen Maßnahmen anscheinend schon vollzogen waren. Obwohl die Regierung die Rotarmisten mit blumengeschmückten Triumphbögen erwartete, zogen die Truppen Tolbuchins — nach Augenzeugenberichten — «kampfbereit, ohne das kleinste Signal einer Parade durch die bulgarische Hauptstadt. Unter den Soldaten befanden sich auffallend viele junge Männer

und Mongolen, die auf den vollgestopften Lastkraftwagen hingen. Sie sahen staubig, schmutzig und müde aus, doch gleichzeitig ruhig und selbstsicher<sup>10</sup>». Der Vormarsch ging weiter bis zur Südgrenze Bulgariens<sup>11</sup>.

Mitte September hielt Ministerpräsident Georgieff die erste Pressekonferenz für ausländische Journalisten ab. Dabei erklärte er wörtlich:

«Man behauptet, daß Bulgarien ein kommunistisches oder Sowjetregime einführen wolle. Das ist eine gemeine Lüge, und die einzige Wahrheit ist, daß wir ein wahrhaft demokratisches Regime aufrichten wollen, an dem alle fortschrittlichen Kräfte des Landes mitarbeiten. Aus der Tatsache, daß die KP an der Regierung teilnimmt, soll man keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen. Wer annimmt, daß Bulgarien kommunistisch ist oder werden wird, müßte auch annehmen, daß die Bauernpartei, die Sozialdemokraten und die „Zweno-Gruppe“ Kommunisten sind oder werden könnten<sup>12</sup>.»

Der kommunistische Innenminister Anton Jugoff versicherte gleichzeitig, daß «die Kommunisten Bulgarien weder nationalisieren noch kolchosieren noch sowjetisieren wollen und niemals versuchen werden, dem Volke eine Staats- oder Wirtschaftsform aufzuzwingen, die es nicht will oder für die es nicht reif ist<sup>13</sup>».

Gleich wie in Rumänien wurden noch im September die ersten Schritte zur Errichtung einer «sozialistischen Ordnung» unternommen. Während die Rote Armee das Land besetzte, fegte eine Terrorwelle über Sofia und ganz Bulgarien hinweg. Die Verhaftungen nahmen kein Ende. Man verurteilte fast alle Mitglieder der Regierungen seit 1941, darunter auch Murawieff und seine Kabinettskollegen, zum Tode und richtete darüber hinaus die Mitglieder des Regentschaftsrates hin. Inzwischen wurde in Moskau am 28. September ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, laut dem sich Bulgarien bereit erklären mußte, den Krieg gegen Deutschland mit drei Armeen in den Reihen der Roten Armee fortzusetzen. Während das bulgarische Heer, fern von der Heimat, auf jugoslawischem, ungarischem und österreichischem Boden den Vormarsch der dritten Ukrainischen Front im Donauraum unterstützte und dabei den Verlust von über 31 000 Mann beklagen mußte, betrat Sofia den Weg einer Entwicklung, die schließlich Bulgarien zu einer von Kommunisten beherrschten Volksdemokratie umwandelte.

<sup>1</sup> Mitgeteilt in: Hendrik van Bergh, Die rote Springflut. Sowjetrußlands Weg ins Herz Europas, München 1958, S. 132. <sup>2</sup> Hans Frießner, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg 1956, S. 58. <sup>3</sup> Mitgeteilt in: v. Bergh, S. 136, sowie in der NZZ, 25. 8. 1944, Mittagsausgabe, S. 2. <sup>4</sup> Mitgeteilt in: v. Bergh, S. 138. <sup>5</sup> Mitgeteilt in: v. Bergh, S. 201. <sup>6</sup> J. A. Boltin, Die Zerschlagung der deutsch-faschistischen Truppen in der Moldau, in Rumänien und Bulgarien, in: P. A. Shilin (Hg.), Die wichtigsten Operationen des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945, (Ost-)Berlin 1958, S. 476. <sup>7</sup> Siehe NZZ, 6. 9. 1944, Mittagsausgabe, S. 1. <sup>8</sup> Kossev D., Ch. Christov u. D. Angelov, Bulgarische Geschichte, Sofia 1963, S. 392. <sup>9</sup> Boltin, S. 478. <sup>10</sup> László Bolgár, Adalékok a második világháború magyar emigrációjának történetéhez, Bulgária 1944—1945, Paris 1962,

S. 78. <sup>11</sup>Was war der Grund für diese Eile der Truppen Tolbuchins, an die südbulgarische Grenze zu gelangen? Stalin war damals noch nicht so sicher, ob er seine Herrschaft in Griechenland, wo die Engländer landeten, mit Hilfe der prokommunistischen Partisanbewegung *Elas* dauerhaft errichten könne. Der Ausgang zum Mittelmeer lockte den sowjetischen Diktator so sehr, daß er nach einer anderen Möglichkeit griff. Als Barriere gegen einen möglichen Übertritt Griechenlands ins westliche Lager hatte Stalin im September 1944 den Gesandten Gusew, der die UdSSR in der europäischen Beratungskommission vertrat, angewiesen, zu untersuchen, ob man nicht den Bulgaren jene Teile von West-Thrazien überlassen könnte, die Hitler nach dem Fall von Griechenland ihnen zugesichert hatte und welche von bulgarischen Truppen besetzt waren. Damit muteten sich jedoch die Sowjets zuviel zu, und als der US-Vertreter Philipp E. Mosley es für untragbar erklärte, einen ehemaligen Feindesstaat im Besitz von alliertem Territorium zu belassen, verzichtete Gusew auf den Vorschlag. <sup>12</sup>Mitgeteilt in: Wolfgang Bretholz, Ich sah sie stürzen, Wien-München-Basel 1955, S. 61. <sup>13</sup>Mitgeteilt in: Bretholz, S. 61.

*Literatur:*

- van Bergh, Hendrik: Die rote Springflut. Sowjetrußlands Weg ins Herz Europas, München 1958.
- Bretholz, Wolfgang: Ich sah sie stürzen, Wien-München-Basel 1955.
- Bolgár, László: Adalékok a második világháború magyar emigrációjának történetéhez, Bulgária 1944—1945, Paris 1962.
- Frießner, Hans: Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg 1956.
- Gould-Lee, Arthur: Crown Against Sickle. The Story of King Michael of Rumania, London 1953.
- Kossev, D., Christov, Ch. und Angelov, D.: Bulgarische Geschichte, Sofia 1963.
- Markham, Reuben: Rumania under the Soviet Yoke, Boston 1949.
- Sager, Peter: Die Vertragstreue der Sowjetunion. Eine Studie über die Rechtsmoral der UdSSR, Bern 1961.
- Seton-Watson, Hugh: Die osteuropäische Revolution, München 1956.
- Shilin, P. A. (Hg.): Die wichtigsten Operationen des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945, (Ost-)Berlin 1958.